

Gemeinnützige
Schweizer Stiftung,
mit Sitz in Genf,
Schweiz. Das
Observatoire wird
von einem Vorstand
geführt, deren
Mitglieder sind:
Yves Burrus,
Andrew Hilton,
Paul-André Sanglard,
Anthony Travis und
Ernesto Rossi di
Montelera (Präsident).
Geschäftsleitung:
Paul H. Dembinski

**Observatoire
de la Finance**

24, rue de l'Athénée
1206 Genève, Suisse
Tél.: +41 22 346 30 35
Fax: +41 22 789 14 60
www.obsfin.ch
E-mail: office@obsfin.ch

Finanzsystem im Dienste des Gemeinwohls

Manifest des Observatoire de la Finance (2009)

Im März 2008 veröffentlichte das Observatoire de la Finance ein Manifest „Für ein Finanzsystem im Dienste des Gemeinwohls“. Der untenstehende Text ist die zweite Version des Manifests, das durch zahlreiche Kommentare und Bemerkungen, die das Observatoire seit der ersten Publikation erhalten hat, bereichert wurde. Diese widerspiegeln die Schwierigkeiten, wie auf eine solche Krise zu reagieren ist. Die politischen und privaten Entscheidungsträger haben vorwiegend mit technischen Massnahmen reagiert, in der Hoffnung, damit könne die bestehende Krise überwunden werden. Es sind jedoch grundsätzlichere Überlegungen erforderlich, um die ursächlichen Zusammenhänge der Krise zu erfassen, zu analysieren und in eine andere Richtung leiten zu können.

Dieses Manifest bezweckt, Menschen, die guten Willens sind, aufzurütteln und auf jene Gefahren aufmerksam zu machen, denen unsere wirtschaftlichen und politischen Freiheiten ausgesetzt sind. Wir sind der Illusion erlegen, dass die „privaten Laster“ tatsächlich einen Beitrag zum „öffentlichen Vorteile“ leisten können. Doch wenn die privaten Laster auch dem Anschein nach die wirtschaftliche Effizienz erhöhen, so bezahlen wir dafür einen hohen Preis, denn sie zerstören die Grundlagen unserer Gesellschaften: Werte wie Vertrauen, Respekt und Solidarität sind in Gefahr. Bevor es zu spät ist, müssen wir dringend Gegensteuer geben und unsere Zukunft in die Hand nehmen, um den „Finanzialisierungs-Prozesses“ rückgängig zu machen und dafür zu sorgen, dass das Finanzsystem wieder in den Dienst der individuellen Entwicklung und der Wahrung der Menschenwürde gestellt wird.

Die Zeitschrift „Finance & the Common Good/Bien Commun“ sowie die Website des Observatoire de la Finance (www.obsfin.ch) werden bereitgestellt, um die in diesem Manifest dargelegten Ideen zu vertiefen und zu konkretisieren. Senden Sie Ihre Reaktionen, Kommentare und Ideen bitte an: manifeste@obsfin.ch.

Die derzeitigen Turbulenzen an den Finanzmärkten sind systemischer Art und sind nicht nur ökonomischer und finanzieller Natur. Ihre Wurzeln gehen weit über die vermeintliche Beseitigung der Ungleichgewichte zwischen dem monetären und dem realen Sektor hinaus. Die heutige Krise ist das Ergebnis eines von Jahr zu Jahr zunehmenden Druckes, der schwer auf unserem auf politischer und wirtschaftlicher Freiheit basierenden sozio-ökonomischen System lastet. Dieser Druck droht, die materiellen, sozialen, intellektuellen und ethischen Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu zerstören. Falls dieser systemische Bruch nicht schnell und präzise identifiziert wird, stehen wir in der Gefahr, die soziale Marktwirtschaft, deren oberstes Ziel ist die Würde und das Wohl der Menschen zu fördern, zu diskreditieren.

Eine Gesellschaft ist nicht statisch, sondern dynamisch; sie ist geprägt durch die permanente und dezentrale Suche nach Arrangements, die den Herausforderungen der Zeit möglichst gut entsprechen. Seit Mitte der siebziger Jahre hat das Finanzsystem zunehmend an Bedeutung gewonnen – nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch

in den Köpfen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure. Dieser Prozess, bei dem neben Praktiken und Techniken auch Wertvorstellungen aus dem Finanzsektor eine immer zentralere Rolle in der Wirtschaft spielen, wird bisweilen auch als «Finanzialisierung» bezeichnet. Die Finanzialisierung hat die heutige Wirtschaft und Gesellschaft verändert, indem sie diese ganz nach der Logik der finanziellen Effizienz und der vom Finanzsystem getragenen Vision eines linearen Zeitablaufs ausrichtet. Diese Logik hat mit der heutigen Krise ihre Grenzen erreicht.

In diesem Sinne ist es wichtig, nicht nur eine Diagnose zu erstellen, sondern vor allem auf mögliche Entwicklungen hinzuweisen und geeignete Handlungsansätze aufzuzeigen.

DIAGNOSE

Über einen Zeitraum von dreissig Jahren haben die westlichen Industriestaaten vielfältige Rentenversprechen und Altersleistungen auf der Basis von Sparguthaben in Form von dauerhaft bestehendem Finanzkapital geschaffen. Wie nachhaltig solche Versprechen sind, hängt heute von der Rendite der aufeinander folgenden Generationen von Finanzinstrumenten ab.

Als Folge davon wird von der (sogenannt) produktiven Wirtschaft (realer Sektor) ein immer grösserer Teil – sowohl absolut wie relativ gesehen - der Wertschöpfung für die Abgeltung der angelegten Sparguthaben beansprucht. Von diesem Druck unmittelbar betroffen sind vor allem die börsenkotierten Unternehmen, welche dem Diktat des für die Aktionäre zu schaffenden Mehrwerts („shareholder value“) unterliegen. Diese geben ihrerseits den Druck an ihre Anspruchsgruppen (stakeholder) in drei komplementäre Richtungen weiter: zunächst an ihre Mitarbeiter auf der ganzen Welt, die immer anspruchsvolleren Zielvorgaben unterliegen, um die zu erwartenden Gewinne zu steigern; sodann an die Konsumenten, die einem immer stärkeren Innovationsdruck und immer ausgefeilteren Marketingtechniken ausgesetzt sind; und schliesslich an die kleineren und mittleren Unternehmen (KMUs), sowohl im Norden wie im Süden, die entweder als Zulieferer oder als Produktverteiler (Distributor) den grossen Unternehmen vor oder nachgelagert sind und dabei oftmals mit unhaltbaren Leistungsvorgaben konfrontiert werden.

Der durch die „Finanzialisierung“ ausgehende Renditedruck hat sich über das Finanzsystem zunächst auf die ganze Wirtschaft ausgewirkt, sich von dort auf die gesamte Gesellschaft ausgebreitet und ist so bis in den Alltag vorgedrungen. Aufgrund dieser Entwicklung stehen die westlichen Gesellschaften heute vor einer paradoxen Situation. Wegen des übermässigen Renditedenkens innerhalb des Finanzsystems wird die Freiheit der Akteure und deren politische Autonomie eingeschränkt. Die «strahlende Zukunft», die von den Befürwortern der auf dem Kapitalisierungsprinzip basierenden Pensionssysteme und den Verfechtern des Shareholder-Values beschworen wird, erweist sich zusehends als genauso illusorisch wie die kommunistische Utopie.

Der Vormarsch der finanziellen Denkweise wurde stark durch die sie begleitende Deregulierungspolitik begünstigt. Die Finanzialisierung wurde von einer Formalisierung der finanziellen Rationalität begleitet, in Form von «Gesetzen» oder «Theoremen», die mitunter selbst mit Nobelpreisen gekrönt wurden. So ist ein „Effizienzethos“ entstanden, das sich durch scheinbar „erwiesene“ Tatsachen legitimieren lässt und schliesslich in allen wirtschaftlichen Bereichen Zwang ausübt. In der Realität führte dies dazu, dass moralische und ethische Kriterien nach und nach ausgeblendet wurden. Die eingetretenen Turbulenzen auf den Finanzmärkten sind in diesem Kontext zu interpretieren und haben schliesslich zu einem Bruch im System geführt.

Die Finanzialisierung hat dazu geführt, dass wirtschaftliche Transaktionen fast durchwegs höher gewichtet werden als Beziehungen. Das Finanzsystem ist mittlerweile zur prägenden Kraft geworden, weil es das ständige Streben nach «Kapitalgewinnen» über alles stellt. Die auf eine Antizipation von zukünftigen Einkommen basierenden Kapitalgewinne können fast jederzeit durch eine sofortige Transaktion realisiert werden. Daneben haben Geduld, Loyalität, langfristiges Engagement und Vertrauen – Werte, auf deren Grundlage Beziehungen aufgebaut werden – an Bedeutung verloren, wodurch das Misstrauen gestiegen ist. Die für Transaktionen notwendige Liquidität der Kapitalmärkte hat das gestiegene Misstrauen während einer gewissen Zeit verdeckt. Im Sommer 2007 ist dann die Liquidität auf den nicht oder nur sehr wenig organisierten Märkten, die vielfach weder überwacht noch kontrolliert wurden, ihrerseits verschwunden.

Das Effizienz-Ethos hat sich progressiv gegen die meisten moralischen Bedenken durchgesetzt und gilt heute als wichtigstes Entscheidungskriterium überhaupt. Wenn man diese Logik konsequent verfolgt, so führt sie zu immer ausgeklügelteren internen Prozessen und Organisationsstrukturen, welche die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten immer feiner aufteilen – bis zu dem Punkt, wo die Arbeitstätigen den Sinn und die Bedeutung ihres Handelns aus den Augen verlieren. Diese Tendenz ist im Begriff, unter den Mitarbeitern eine allgemeine «moralische Entfremdung» nach sich zu ziehen, denn sie verzichten oder hören auf, sich Gedanken über den Sinn und Zweck ihrer Tätigkeit zu machen.

Das von moralischen Grundsätzen abgekoppelte Effizienzethos hat nach und nach der Habsucht Vorschub geleistet, die in immer rücksichtsloserer Art und Weise zum Ausdruck kommt. So wurden auch die Ausdrucksmöglichkeiten der egoistischen Neigungen der menschlichen Natur gefördert. Dies ist insbesondere bei der Unterwerfung der Vertrauensbeziehung unter die Bedürfnisse von Transaktionen und der Bewahrung der jederzeitigen Ausstiegsmöglichkeit der Beteiligten der Fall. Der permanent drohende Verrat und das offensichtliche Loyalitätsdefizit sind im Begriff, die wichtigste Grundlage jeder Marktwirtschaft und jeder freien Gesellschaft zu zerstören: nämlich das zwischenmenschliche Vertrauen. Der freie Markt, der sich auf das Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten stützt, weicht heute einem Markt der Gier, welcher sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich zu einer explosionsartigen Zunahme von Kontrollen, Normen und Verfahren führt. Diese verursachen nicht nur beträchtliche Kosten, sondern beschleunigen zusätzlich die Flucht der Beteiligten vor der Verantwortung.

HANDLUNGSANSÄTZE

Die vorangehende Diagnose zeigt weshalb Grundwerte wie Entscheidungsfreiheit, Verantwortung und Solidarität, die dem Gemeinwohl zugrunde liegen und ohne die eine freie und humane Gesellschaft nicht bestehen kann, derzeit gefährdet sind. Dabei handelt es sich nicht ausschliesslich darum, den „Kapitalismus zu moralisieren“, d.h. ihm eine ethische Dimension zu geben, sondern darum den wirtschaftlichen Aktivitäten einen ihnen gebührenden Platz zuzuweisen, ebenso in ihrem Verhältnis zur Politik. Dafür gibt es zahlreiche Handlungsansätze:

Es bedarf einer Kritik – im positiven Sinne des Wortes – sowohl in Bezug auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten als auch auf die moralische Bedeutung der Postulate, die der von den zeitgenössischen Wirtschafts- und Finanztheorien propagierten Weltanschauung zugrunde liegen. Diese Überprüfung muss dazu führen, dass das in der Theorie bestehende Primat der wirtschaftlichen und finanziellen Effizienz in Frage gestellt und die für das Gemeinwohl grundlegenden

ethischen sowie politischen Belange wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Wichtig ist dabei, dass einerseits die Resultate dieser kritischen Auseinandersetzung in die Lehrbücher und die Veranstaltungen der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen (Volks- und Betriebswirtschaft, Finanztheorie, etc.) einfließen. Andererseits müssen die Mittel der Lehr- und Forschungsinstitutionen von Grund auf neu verteilt werden, um die Erneuerung der Fundamente des sozio-ökonomischen Denkens zu ermöglichen und zu fördern.

In allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens sind Anreize für ein nachhaltiges Handeln zu schaffen, um der Zerstörung von Beziehungen im Namen der Rendite-Abschöpfung durch jederzeitige Transaktionen zu bremsen, ja Einhalt zu gebieten. Es ist notwendig, ein neues Gleichgewicht zwischen Beziehungen und Transaktionen, beides unerlässliche Elemente des sozialen Lebens, im qualitativen wie quantitativen Sinne, zu finden. Transaktionen zu erschweren, bedeutet hier ihre Viskosität zu erhöhen, um so die produktiven Tätigkeiten und Beziehungen gegenüber der momentan allokativen Effizienz zu privilegieren. Dies könnte die Wiederentdeckung der positiven Externalitäten fördern, die mit direkten und kurzen Kreisläufen, von den zahlreichen Intermediären befreit, einhergehen. Es handelt sich hier um ein sehr weitläufiges Unterfangen, von dem zahlreiche Bereiche betroffen sind: das Finanzsystem, das Steuerwesen, die Arbeitsverhältnisse, Umwelt und Raumplanung usw.

Es müssen geeignete Methoden und Möglichkeiten geschaffen werden, um uns vom durch die Wirtschaft und das Finanzwesen aufgezwungenen Rhythmus zu befreien. Es geht vor allem darum, mittelfristig den Zwang, den die übertriebenen Renditeforderungen des Kapitals und die getroffenen Rentenversprechen auf die Produktionstätigkeiten und die sozialen Beziehungen ausüben, zu vermindern. Dazu bedarf es politischen Muts und Entschlossenheit, gepaart mit umfassender fachlicher Integrität. Dabei ist auf die beruflichen Interessen der Finanzintermediäre Rücksicht zu nehmen.

Die Restrukturierung und Sanierung des Finanzwesens ist voran zu treiben, damit es der Wirtschaft und der Gesellschaft mittels seiner zwei zentralen Funktionen dienen kann, d. h. das Sammeln der Ersparnisse und die Finanzierung von Investitionen. Dies würde eine erhebliche Reduzierung der Komplexität der Finanzaktivitäten bedeuten und auf eine genaue Überprüfung der ökonomischen und ethischen Grundlagen gewisser Entlohnungspraktiken zielen.

Die Frage des Ausgleichs der von der Krise verursachten Schäden muss ohne vorgefasste Meinungen angegangen werden, vor allem ohne die Ansprüche für Gerechtigkeit der Armen, der Schwächsten und der zukünftigen Generationen aus dem Blick zu verlieren. In diesem Sinne sollten verschiedene Instrumente, von der Besteuerung bis zur Geldschöpfung, ohne Vorbehalte geprüft werden, mit dem Ziel eine gerechtere Verteilung der Lasten zu erwirken. Global muss der Lastenausgleich zwischen dem Norden und dem Süden die Komplementaritäten, aber auch die Wechselbeziehungen, gebührend berücksichtigen.

Heute ertönen viele Stimmen für eine erhöhte Regulierung der wirtschaftlichen und vor allem der finanziellen Aktivitäten. Die Reduktion der Politik zum einfachen Nachtwächterstaat hat ihre Grenzen sichtbar gemacht. Sie hat es ermöglicht, dass partikulare Interessen die ganze Welt in Geisel (im Sinne einer Erpressbarkeit) nehmen konnten. Die Erkenntnis des Versagens des Marktes in den vergangenen Jahrzehnten unter einem Nachtwächterstaat sollte aber nicht in den naiven Glauben an die Allmacht der Politik umschlagen. Denn das Gemeinwohl wird nicht allein durch die Regulierung herbeigeführt. Gemeinwohl entsteht durch den Einbezug der täglichen Handlungen der privaten Akteure, die ihre Werte und Verantwortung in der Mitte der Gesellschaft wahrnehmen.